

original: bawi

kopien : brf jac sin kt la sru wok

P.A. 12.10.82

oslo 11.10.1990 12.15 h

112 hhhh

geht an:

evd, bawi, z. hd. frau klossner
 (im hinblick auf norwegen-reise von bundesrat delamuraz)
 eda/evd integrationsbuero
 eda, politische abteilung i
 sekretariat departementschef eda
 sekretariat departementschef evd

besuch einer schweizerischen parlamentarierdelegation
 (7.-12. oktober 1990)

eine neunkoepfige parlamentarier-delegation mit mitgliedern des national- und staenderates mit staenderatspraesident luregn mathias cavelti (c) als delegationschef besucht z.z. norwegen. die gespraechе mit vertretern aller im storting vertretenen parteien und mit aussenminister kjell magne bondevik (b) drehten sich in erster linie um die ewr-verhandlungen. ein treffen mit handelsministerin kaci kullmann five ist am 12. oktober vorgesehen.

nachstehend ein kurzer bericht meines mitarbeiters, der den gespraechen am 7. und 8. oktober beiwohnte.

angesichts der grossen teilnehmerzahl der gespraechspartner und der durch die uebersetzung bedingten zeitverluste brachte der meinungsaustausch wenig an substanz zutage. hauptfazit ist sicher, dass sich die volksvertreter beider laender voll hinter das konzept eines ewr stellten und grosses verstaendnis fuer die angestrebten ausnahmeregelungen der andern seite zeigten. auffallend war, wie von norwegischer seite sowohl vom aussenminister als auch von vertretern verschiedener parteien die "gesamteuropaeische verantwortung" der efta in den vordergrund gerueckt und ein ewr-abkommen als konstruktiver ansatz zu einer kuenftigen gesamteuropaischen zusammenarbeit gesehen wurde.

b sprach die schweizer delegation auf die folgenden problemkreise an, die sich im rahmen der verhandlung stellen: freizuegigkeit der personen und des kapitals und die institutionellen fragen. er wisse, dass die schweiz probleme mit der freizuegigkeit der personen habe. in bezug auf die freizuegigkeit des kapitals kam er auf die norwegischen schwierigkeiten mit der konzessionsgesetzgebung zu sprechen und stellte in diesem zusammenhang die frage, wie weit einem land gestattet sein sollte, seine buerger bevorzugt zu

original ging an: - bawi
 - evd sekretariat departementschef
 - integrationsbuero

11.10.1990 1515h. -o- sy



behandeln, was die institutionellen fragen angeht, so wiederholte b die norwegische praefferenz fuer ein zwei-saeulen-system mit parallel lautenden entscheidungsmechanismen in eg und efta. dies bedinge eine staerkung der efta. b erkundigte sich im weitem, ob in der schweiz aehnlich wie in schweden unter dem gesichtspunkt der sich aufloesenden allianzen die neutralitaet zur diskussion gestellt werde, was verschiedene differenzierte antworten der schweizerischen delegationsmitglieder provozierte.

c fasste die diskussionen so zusammen, dass sowohl norwegen wie die schweiz daran interessiert seien, einige ihrer nicht zuletzt durch ihre geographische lage bedingten spezifitaeten in einem ewr zu bewahren. wichtig sei, dass die efta-laender aus einer position der staerke verhandeln, um einen "ertraeglichen ewr" zu erhalten.

schliesslich sprach sich b dafuer aus, den europarat zum parlamentarischen forum der ksze umzugestalten. der europarat sei dafuer das bestgeeignete forum und muesse fuer diese neue funktion sowohl in bezug auf mitglieder als auch auf aufgaben nur ausgeweitet werden.

wie schon in den gespraechen mit b erkundigten sich die schweizerischen parlamentarier in der diskussionsrunde mit

den norwegischen volksvertretern inwieweit der storting in die ewr-verhandlungen miteinbezogen werde. neben der halbjaehrlichen information des storting mit anschliessender debatte im plenum beraet sich die regierung regelmaessig mit dem sogenannten "erweiterten aussenpolitischen ausschuss". diese treffen finden mindestens einmal im monat statt. (anmerkung des chronisten: die politische konstellation bringt es mit sich, dass es sich die minderheitsregierung nicht leisten kann, einen ewr-vertrag, der dem storting vorgelegt werden muss, ohne konsultation der andern parteien auszuhandeln. in fragen der aussenpolitik stellt der ausschuss den eigentlichen entscheidungstraeger dar, mit dem es sich die regierung nicht anzulegen wagt. dementsprechend minutioes wird der ausschuss ueber alle aktuellen fragen in den ewr-verhandlungen orientiert. pikant dabei ist, dass innerhalb der regierungskoalition die konservativen darueber gar nicht ungluecklich sind, finden sie doch im ausschuss mit den vertretern der fortschrittspartei und der arbeitspartei von fall zu fall alliierte, die ihrer beitriffsfreundlichen europapolitischen linie deutlich naeher stehen als ihre koalitionspartner.) alle norwegischen parlamentarier unterstrichen, dass es im storting z.z. keine basis fuer einen eg-beitritt gaebe und dass ein ewr der z.z. einzig begehbare weg sei. die beitriffsfrage sei vorlaeufig nicht aktuell, auch wenn sie je nach optik und wohl auch parteipolitischem wunschdenken in 3-4 oder 4-5 jahren wieder auf der tagesordnung stehen koenne. die vertreterin der eg-feindlichen zentrumspartei findet, dass dann die architektur europas so verandert sein werde, dass sich diese frage in dieser form vielleicht nicht mehr stellen werde. allerdings raeumen verschiedene parlamentarier ein, dass die entwicklung in schweden und finnland die norwegische debatte beeinflussen werde.

in bezug auf den ewr zeigt sich die vertreterin der zentrumspartei am zurueckhaltendsten: fuer norwegen koenne keine preisgabe seiner sogenannten konzessionsgesetzgebung in frage kommen. sie zeigt sich pessimistisch, was ein echtes mitspracherecht der efta-laender in zinem ewr angeht und erwartet als schlussresultat der verhandlungen ein "erweitertes Freihandelsabkommen".

mitglieder beider delegationen stellten die frage nach der zukunft der efta. der vertreter der norwegischen konservativen erinnerte an die volksabstimmung von 1972, die sowohl ein entscheid gegen die eg, als auch ein entscheid fuer die efta gewesen sei. unterdessen habe sich das kraefteverhaeltnis zwischen damals zwei gleichgewichtigen partnern grundlegend zugunsten der eg gewandelt. seine partei habe daraus die konsequenzen gezogen und strebe nun den eg-beitritt an, der allerdings erst moeglich werde, wenn sich dafuer im storting eine mehrheit finde. der schlussel dazu liege bei der arbeiterpartei (deren vertreterin sich dazu eines kommentars enthaelt). einig sind sich beide delegationen, dass die efta, auch wenn deren zukunft ungewiss und deren spaetere aufloesung

nicht auszuschliessen sei, vorlaeufig fuer ihre mitglieder im rahmen der ewr-verhandlungen ihren zweck noch erfulle. die vertreterin der arbeiterpartei sprach die schweizer delegation auf die hier verbreitete auffassung an, wonach im efta-rahmen die schweiz als "bremser" auftrete. sowohl c wie andere delegationsmitglieder stellten dies in abrede und versicherten ihre norwegischen gespraechspartner der schweizerischen entschlossenheit, die ewr-verhandlungen zu einem guten abschluss zu fuehren. es sei wichtig, dass die efta-laender aus einer position der staerke heraus verhandeln, was gegebenenfalls eine staerkung der efta bedinge.

der schweizerischen delegation gehoeren neben c nationalratspraesident ruffy, staenderatsvizepraesident affolter, staenderat schoenenberger und die nationalraete jeanneret, wanner, ulrich-voegtlin, rychen und seiler an. kaufmann

ambasuisse